

# GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Januar / Februar 2007

Informationen zur grünen Kommunalpolitik  
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 29

## Regionalkonferenz

VON MAX BLEIF

Am Samstag 10.2.07 trafen sich in einem Stuttgarter Hotel ca. 150 Grüne zu einer Regionalkonferenz mit den Themen „Rechtsradikalismus“, „Klimapolitik“, „Genderpolitik“ und „Grundsicherung“. Das Thema „Grundsicherung“, zu dem es auf dem letzten Landesparteitag (LDK) in Bad Krozingen einen Beschluss gab, wird sowohl Landes- als auch Bundespartei dieses Jahr beschäftigen. Dazu hat sich auf Landesverbandsebene eine Koordinationsgruppe (KO-Gruppe) gebildet, in der u.a. Mitglieder des Landesvorstands mitarbeiten. Diese koordiniert die Arbeit und die Ergebnisse.

gefasst um damit den Landesparteitag im Herbst in Heilbronn vorzubereiten. Dort soll dann auf Landesebene ein Beschluss gefasst werden, der eventuell in einem Antrag an den Bundesparteitag (BDK) in Nürnberg münden soll. Somit ist wieder mal klar, dass Bündnis'90/DIE GRÜNEN zum einen über eine rege Debattenkultur verfügen und diese auch anregen und zum anderen nicht nur Themen andenken und dann kommt nichts mehr. Aber zurück zur Regionalkonferenz: Zum Thema „Grundsicherung“ fanden sich ungefähr 60 Teilnehmer im Tagungsraum ein. Es ging nicht darum, schon vorhandene Modelle zu diskutieren.



### Thema Grundsicherung

Nächste Ebene ist die Projektgruppe, die sich am 6.2. erstmals in Stuttgart traf. Dieser gehören neben den Mitgliedern der Koordinationsgruppe auch Mitglieder aus den Kreisverbänden an. Sie ist für alle Mitglieder offen, die sich an dieser Diskussion beteiligen wollen. Der Verfasser dieses Artikels ist Mitglied der Projektgruppe.

### Internetblog

Damit diese Arbeit auf möglichst breite Beine gestellt wird und sich jedermann und –frau auch daran beteiligen kann, wurde unter [www.grundsicherung-bw.de](http://www.grundsicherung-bw.de) ein Forum im Internet eingerichtet, in dem jeder mitdiskutieren kann und soll. Dieser Blog ist frei zugänglich. Dort könnt ihr die Artikel, die von den Mitgliedern der Projektgruppe geschrieben werden, kommentieren. Erste Ergebnisse des Blogs und der Regionalkonferenz werden beim nächsten Treffen der Projektgruppe am Montag 12.3. im Landtag in Stuttgart besprochen. Die Ergebnisse dieses Treffens werden dann im Blog veröffentlicht, zusammengetragen und bewertet. Weitere Treffen der Projektgruppe werden folgen. Bei einem Landesausschuss (kleiner Parteitag), der am 30.6.07 in Pforzheim stattfinden wird, werden die Ergebnisse dann nochmals zusammen-

Das Thema wurde in vier Blöcke unterteilt.  
· Block 1: Wie bewerten wir Grünen die Zukunft der Erwerbsarbeit?  
· Block 2: Wie sichern wir Menschen im Sinne von gesellschaftlicher Teilhabe bei Arbeitslosigkeit (und generell) ab?  
· Block 3: Wie solidarisch kann und soll unsere Gesellschaft sein?  
· Block 4: Wie motivieren wir die Menschen aktiv zu bleiben? Brauchen wir dafür „Instrumente“ und welche?

Zu jedem dieser Blöcke wurden von Mitgliedern der KO-Gruppe unterschiedliche Thesen aufgestellt, die dann von den Teilnehmern dieses Forums bewertet wurden. Am Ende durfte jeder mit Punkten eine „Wertung“ abgeben, die unter: [www.grundsicherung-bw.de/2007/02/13/ein-eindeutiges-ergebnis/#comments](http://www.grundsicherung-bw.de/2007/02/13/ein-eindeutiges-ergebnis/#comments) nachzulesen sind. Dies ist auch ein guter Einstieg in die Diskussion. Um diese Diskussion auch auf den Kreis herunter zu brechen, möchte ich auch bei uns im KV Menschen, die dieses Thema interessiert, aufrufen, sich bei mir, Max Bleif ([maxbleif@t-online.de](mailto:maxbleif@t-online.de)) oder im Kreisbüro zu melden. Vielleicht schaffen wir auch auf Kreisebene eine breitere Diskussion zu diesem Thema. Ich würde mich freuen, wenn sich eine Gruppe zusammen finden würde. Gruß  
Max Bleif

## Untersteller kritisiert Kürzungspläne auf der Bahnstrecke Stuttgart–Bietigheim–Würzburg

„Schlag gegen den Klimaschutz und Beitrag für noch längere Staus auf den Straßen“

Mit Kritik und Unverständnis reagiert der Bietigheimer Grünen-Landtagsabgeordnete Franz Untersteller auf die Kürzungspläne der Landesregierung im Schienenverkehr auf der Strecke Stuttgart–Bietigheim–Heilbronn–Würzburg.

Laut einer ihm vorliegenden, 27 Bahnstrecken umfassenden Streichungsliste soll von dem landesweit vorgesehenen Kürzungsvolumen im Umfang von 2,1 Millionen Zugkilometern rund 171.000 Zugkilometer und somit rund 7 % auf dieser Eisenbahnstrecke erbracht werden, an die auch zahlreiche Kommunen des Landkreises Ludwigsburg angebunden sind. Einschneidende Konsequenzen befürchtet der Grünen-Abgeordnete in erster Linie für Kommunen, die ohne S-Bahn-Anbindung sind.

### Absurd!

Für Untersteller ist es geradezu absurd, wenn auf der Eisenbahnstrecke mit einer der höchsten Auslastungen im Land und einem nur sehr geringen Zuschussbedarf Kürzungen in diesem Ausmaß vorgenommen werden. „Wenn dies umgesetzt werden sollte,

so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion, werde eine Reihe von Zugverbindungen in der Region dem Rotstift zum Opfer fallen. Die Folge davon wird sein, dass bisherige Bahnnutzer, wie z.B. Pendler in Richtung Stuttgart, auf die eh schon überfüllten Straßen und Autobahnen der Region ausweichen müssen. „Noch länger werdende und häufigere Staus – so Untersteller – werden auf das Konto einer solch unsinnigen Streichungspolitik gehen.“ Die Kürzungen im Eisenbahnverkehr sind eine Folge der Sparbeschlüsse der großen Koalition in Berlin. Untersteller ist jedoch der Auffassung, dass die Kürzungen vollständig vermeidbar wären. „Das Land will pro Jahr 15 Millionen Euro beim Eisenbahnverkehr einsparen. Im Entwurf für den Landeshaushalt sind im Jahr 2007 mit 14 Millionen Euro und 2008 mit 40 Millionen Euro Ausgaben für Stuttgart 21 vorgesehen, die völlig ausreichen, um alle zur Streichung anstehenden Züge im Land zu erhalten.“ Da im Jahr 2007 mit Sicherheit kein Geld mehr für Stuttgart 21 notwendig ist, fordert Untersteller die Landesregierung auf, diese Mittel im laufenden Jahr für den Eisenbahnverkehr einzu-

setzen und die Entscheidung über Kürzungen bis zur Entscheidung über Stuttgart 21 auszusetzen. Für ein solches Vorgehen spricht aus Sicht des grünen Landtagsabgeordneten nicht nur die anziehende Konjunktur, die den Berufsverkehr und damit die Nachfrage für den Bahnverkehr verstärkt, sondern auch der schlecht verhandelte Vertrag mit der Bahn: „Wenn das Land dieses Jahr über 2,1 Millionen Zugkilometer streicht, und dieselbe Leistung im Jahr 2008 wieder bestellt, dann muss es laut Vertrag pro Jahr 5 Millionen Euro mehr bezahlen, als wenn die Leistung dauerhaft erhalten bleibt. Es wäre ein Schildbürgerstreich, der Bahn das Geld so in den Rachen zu werfen.“ Untersteller appelliert auch an die Landesregierung, ihren Schwüren auf den Klimaschutz nun endlich Taten folgen zu lassen: „Ministerpräsident Oettinger muss zeigen, dass seine Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode nicht nur aus Lippenbekenntnissen zum Umweltschutz bestand. Wenn er die Kürzungen im Bahnverkehr in letzter Minute abwendet, wäre das auch ein wichtiges Signal für den Klimaschutz im Land.“ (reda)

## Nicht jammern, sondern umsteigen!

Mit Interesse hat Jürgen Walter, Landtagsabgeordneter der GRÜNEN, zur Kenntnis genommen, dass die SPD im Wahlkreis nach den jüngsten Ankündigungen der Süwag, den Strompreis zu erhöhen, zum Wechsel des Stromanbieters rät und eine Informationsveranstaltung dazu machen will. Der Landtagsabgeordnete Claus Schmiedel hatte das angekündigt. In einem Brief an Claus Schmiedel empfiehlt Jürgen Walter diesem, beispielhaft voranzugehen und den Wechsel nicht auf die lange Bank zu schieben. „Statt über die Preispolitik der Stromkonzerne nur zu jammern, könnten auch die Mitglieder der SPD im Kreis mit gutem Beispiel vorangehen und ganz schnell umsteigen“, so Jürgen Walter. „Die Grünen in Ludwigsburg haben im Juni 2006 eine Stromwechsellkampagne „Rücken-

wind für Ökostrom“ gestartet und konnten schon einige Dutzend Bürger vom Umstieg zu den ökologischen und preiswerten Stromanbietern, mit denen wir kooperieren, überzeugen.“ Auch der Kreis Ludwigsburg profitiert aus dieser Zusammenarbeit: Beide Anbieter hätten sich dazu verpflichtet, mit einem festen Betrag pro kWh neue Solaranlagen im Kreis zu fördern. Jürgen Walter: „Die derzeitige Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke macht deutlich, dass jeder von uns seinen Teil zum von Rot-Grün eingeleiteten Atomausstieg beitragen kann

und muss.“ Durch die Preiserhöhungen der letzten Jahre sei Ökostrom mittlerweile teilweise schon billiger als Atomstrom. Deshalb könne auch der Preis nicht mehr als Umstiegshindernis herhalten. Jürgen Walter verweist auf die Informationen des grünen Kreisverbands dazu im Internet: „Der Anbieterwechsel ist ganz einfach: Formular aus dem Internet runterladen, ausfüllen und mit der letzten Stromrechnung an den Grünen Kreisverband schicken.“ Alle notwendigen Informationen seien auf der Website [www.oekostrom.gruene-ludwigsburg.de](http://www.oekostrom.gruene-ludwigsburg.de) zu finden. (reda)



## Mülltourismus und -export werden für Jahre zum abfallwirtschaftlichen Alltag gehören

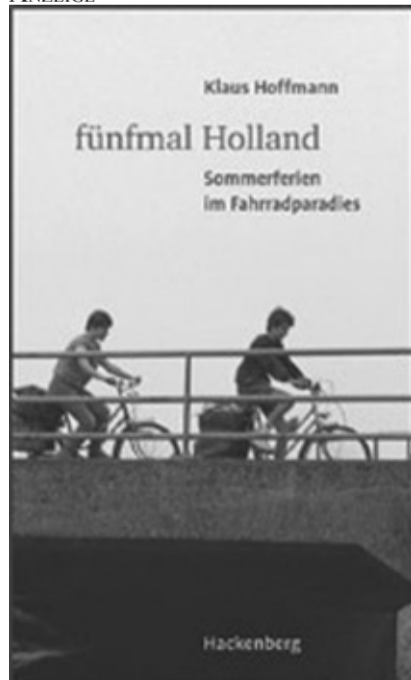
Franz Untersteller: „Das Autarkieprinzip ist nur noch Makulatur“

„Auf Grund des Ausfalls der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen in Buchen und Heilbronn werden Mülltourismus und Müllexport in andere Bundesländer auf Jahre hinaus eine tragende Säule der baden-württembergischen Abfallpolitik bleiben. Das seit 1999 rechtlich verankerte Autarkieprinzip, das die Stadt- und Landkreise auch zur Reduzierung der mit Transporten verbundenen Umweltauswirkungen verpflichtet, sich zur Entsorgung ihrer Abfälle baden-württembergischer Abfallbehandlungsanlagen zu bedienen ist damit nur noch Makulatur.“ Zu diesem Ergebnis kommt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag Franz Untersteller nach Auswertung einer Stellungnahme des Umweltministeriums auf einen von ihm vorgelegten Antrag, der die Situation nach Ausfall der Müllbehandlungsanlagen Buchen und Heilbronn zum Gegenstand hat. Insgesamt acht Landkreise, darunter Ludwigsburg, der Enzkreis, die Landkreise Heilbronn, Schwäbisch Hall, der Neckar-Odenwaldkreis und der Landkreis Hohenlohe haben langfris-

tige Verträge über die Entsorgung in den jetzt stillgelegten Anlagen Heilbronn (87.000 Tonnen Kapazität) und Buchen (151.000 Tonnen Kapazität). Laut dem jetzt vorgelegten Schreiben von Umweltministerin Tanja Gönner wurden allein im Januar dieses Jahres rund 1100 Tonnen Müll statt in die Anlagen nach Buchen und Heilbronn per LKW in die Müllverbrennungsanlagen nach Stuttgart (1000 Tonnen), Mannheim (6000 Tonnen) und Düsseldorf (4000 Tonnen) transportiert. „Auf das Jahr hochgerechnet heißt dies, dass wohl über 100.000 Tonnen Müll zwecks Entsorgung quer durch die Lande, ja selbst in andere Bundesländer, gekarrt werden müssen.“ Dass die Umweltministerin in dem Zusammenhang nicht einen Gedanken darauf verschwendet sicherzustellen, dass wenigstens die Mülltransporte nach Mannheim bzw. zu Müllverbrennungsanlagen außerhalb des Landes auf der Schiene abgewickelt werden sollten, ist vor dem Hintergrund der Klimadebatte für Franz Untersteller nicht einmal ansatzweise nachvollziehbar. Laut Angaben von Umweltministerin

Gönner fehlen in Baden-Württemberg derzeit im Hausmüllbereich mindestens 100.000 Tonnen an Behandlungskapazitäten. Bezieht man die Gewerbeabfälle mit ein, fehlen sogar weitere 300.000 Tonnen an Anlagenkapazität. „Das viel gerühmte Autarkieprinzip ist damit nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem es seit 1999 als verbindliche Vorgabe geschrieben steht.“ Eine Änderung der jetzigen Situation erwartet die Umweltministerin nach eigenen Angaben für den Fall eines Ausbaus bestehender Anlagen frühestens in zwei bis drei Jahren, im Falle eines Neubaus sogar erst frühestens in fünf Jahren. Untersteller forderte Ministerin Tanja Gönner auf, Druck auf die EnBW auszuüben, der zum Ziel hat, die völlig unbefriedigende Entsorgungssituation so schnell wie möglich wieder auf Grundlage der gültigen abfallrechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. „Wer Entsorgungsverträge abschließt, steht auch in der Pflicht deren ordnungsgemäße Einhaltung sicherzustellen. Mülltourismus und Müllexport sind eine Notlösung, auf Dauer aber völlig inakzeptabel“ so Untersteller abschließend.

ANZEIGE



Klaus Hoffmann – **fünfmal Holland**  
115 Seiten mit 44 Abbildungen  
gebunden; 12, 80 €  
erhältlich bei [www.didymos.de](http://www.didymos.de), Shop

## Neues vom Kreisvorstand

Die nächste Kreismitgliederversammlung ist am Mittwoch, 28. März, um 20 Uhr im Hotel Otterbacher Hof, Bahnhofstraße 153 in Bietigheim-Bissingen (5 Gehminuten vom Bahnhof). Geplante Themen sind die Zugstreichungen, Kürzungen beim Naturpark Stromberg-Heuchelberg sowie Aktuelles aus Region und Land.

### Helfer gesucht

Zudem läuft immer noch der Aufbau der Helfer-Pools für verschiedene Bereiche: Sei es nun tatkräftige Mithilfe bei Veranstaltungen, Grünspiegel versenden, als Referent oder für einen künstlerischen Beitrag. Unterstützung wird immer gebraucht und geschätzt. Bislang haben sich schon überraschend viele auf der Kreishomepage das Formular heruntergeladen und wir möchten uns an dieser Stelle dafür bedanken. Es wäre schön, wenn noch einige dazu kommen würden.

## Grüne Fraktion informiert über Holzheizkraftwerk

TEXT UND FOTO: ROSWITHA MATSCHNER

Die Stadtwerke Ludwigsburg planen auf dem Gelände des ehemaligen Ortsgüterbahnhofs ein Holzheizkraftwerk (HHKW) mit einer 15 MW Heizleistung und einer elektrischen Leistung von 2 MW. Die Grüne Fraktion begrüßt das Projekt als Investition in Erneuerbare Energien und als lokale Maßnahme gegen den Klimawandel. Wir machen uns mit diesem Projekt außerdem ein Stück unabhängiger von der Öl- und Gasversorgung durch andere Länder in Konfliktgebieten und sorgen dafür, dass die Kosten für Energie vor Ort investiert werden. Nicht generell gegen das Projekt aber gegen den Standort ist der Bürgerverschein „Lebenswerte Südstadt“, der eine Zunahme der Feinstaubbelastung in der ohnehin durch den Autoverkehr hoch belasteten Südstadt befürchtet. Diesem Konflikt wollten wir Grüne uns stellen und luden als unabhängigen Experten Dr. Ludger Eltrop vom Institut für Energiewirtschaft und rationelle Energieanwendung an der Uni Stuttgart zu einer Info-Veranstaltung am 2. Februar ins Podium der Musikhalle ein. Außerdem war Bodo Skaletz, Geschäftsführer der Stadtwerke Ludwigsburg anwesend, um das geplante Projekt vorzustellen und die Standortwahl zu begründen. Auch Herr Korb vom Ingenieurbüro Schuler, das die Anlage plant, stellte sich den kritischen Fragen der ca. 60 Anwesenden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Markus Gericke, Vorsitzender der Ludwigsburger Fraktion.

Zur zentralen Frage: „Wie hoch ist die zusätzliche Luftbelastung durch das Kraftwerk?“ bestätigte Dr. Eltrop, dass die Höhe der Staubemission bei einem HHKW annähernd der eines herkömmlichen Heizkraftwerkes sei. Auch bei Schwefeldioxid und Stickoxiden gebe es keine gravierenden Unterschiede. Der deutliche Vorteil bei einem Heizkraftwerk, das mit Biomasse betrieben wird, sei gegenüber herkömmlichen Heizkraftwerken eindeutig die Klimaneutralität. Würde Biomasse in der Natur verrotten würde der gleiche Anteil an CO<sub>2</sub> entstehen wie bei der Verbrennung, während Erdgas

oder Erdöl das klimaschädliche CO<sub>2</sub> zusätzlich ausstoßen. Gegenüber Einzelöfen mit Festbrennstoffen liege das HHKW bei den Staubemissionen sogar deutlich darunter. Die größere Gefahr ginge aber ohnehin vom Verkehr aus. Emissionen aus Abgasen und Reifenabrieb seien gesundheitsschädlicher, als Emissionen aus der Verbrennung von Holz, sofern sie optimiert verlaufe und mit der entsprechenden Filtertechnik ausgestattet sei. Deshalb seien Maßnahmen wie Fahrverbote für Altfahrzeuge ohne Filter und eine Verkehrsverlangsamung (Reifenabrieb) auch wirksamere Maßnahmen gegen die Luftbelastung.

Die Antwort auf die Frage der Immissionen – also wo kommt der Staub runter und wieviel – konnte noch nicht beantwortet werden, da das Immissionsgutachten derzeit erstellt wird. Ohne eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung kann die Anlage aber ohnehin nicht gebaut werden.

Die Standortwahl begründete Bodo Skaletz mit der Wärmeversorgung im Umkreis. So seien die Carl-Schäfer-Schule, die Fa. Wüstenrot und der Ärzte- und Bankenkomplex in der Solitudestraße schon heute potenzielle Abnehmer. Zusätzlich könne das neue Geschäftszentrum in der Wilhelm-Galerie mit Wärme versorgt werden und das für den Landratsamt-Neubau geplante Heizwerk entfallen. Mit dem Anschluss an das Fernwärmenetz der Stadt könnten alte Heizwerke wie beim Stadtbad oder bei der Feuerwehr entfallen. Die Nachfrage nach dem zusätzlichen Verkehrsaufkommen konnte Ing. Korb beantworten. Es müsse an Werktagen mit durchschnittlich 10 LKW-Bewegungen (5 Anlieferungen) gerechnet werden. Die Anlieferung erfolge über die Eisenbahnstraße.

Da auf dem ehemaligen Ortsgüterbahnhof grundsätzlich auch die Möglichkeit der Anlieferung auf der Schiene besteht, legen wir Wert auf den Erhalt des Gleises. Bei einer Anlieferung mit Landschaftsholz aus dem Landkreis stellt sich derzeit diese Option zwar nicht. Sollte aber das Holz zu einem späteren Zeitpunkt weitere Entfernungen zurücklegen, wollen wir diese Möglichkeit nutzen.



DR. LUDGER ELTROP, MARKUS GERICKE, HERR KORB, BODO SKALETZ (VON LINKS)

## Stadt soll an Luftreinhalteplan festhalten

Jürgen Walter: Rückzieher beim Klima- und Gesundheitsschutz verantwortungslos

Als verantwortungslos bezeichnete der Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Walter den Vorstoß von IHK, SPD und Freien Wählern, den Termin für den Start des Luftreinhalteplans in Ludwigsburg zu verschieben: „Statt sich Gedanken darüber zu machen, wie man Halter von Fahrzeugen mit Katalysatoren der ersten Generation dazu bewegen kann, schneller auf Autos mit moderner Technik umzusteigen oder nachzurüsten, werden gerade diese dadurch ermuntert, ihre Stinker bis zum St. Nimmerleinstag weiterzubewegen.“ Als bedenklich bezeichnete Walter die Zahl der Fahrzeuge, die vom Verbot betroffen wären. „Katastrophe kann man es aber nur dann nennen, wenn sie fahren dürfen, obwohl einmütig anderes beschlossen wurde und die Folgen für Gesundheit um Klima seit langem bekannt sind“, so Walter. Es gehe schlicht darum, ob man in Zukunft in Ludwigsburg ohne Gefahr für Leib und Leben noch wohnen könne. Offensichtlich habe man ursprünglich dem Plan in der Hoffnung zugestimmt, dass er niemandem betroffen wäre. „Der Luftreinhalteplan ist ein Instrument für den Notfall. Da der Notfall da ist, muss er eben auch an-

gewendet werden“, sagte Walter.

### Dicke Luft!

Die Luft in Ludwigsburg werde nur sauberer, wenn der Luftreinhalteplan konsequent eingehalten und wie vorgesehen gestartet werde. Der SPD wirft Walter vor, mit gespaltener Zunge zu reden. „Mit ihrem ‚Ja...Aber‘ versucht die SPD mal wieder, es allen recht zu machen. Ein konsequentes Vorgehen im Interesse eines lebenswerten Ludwigsburg wird nicht jedem passen. Als Politiker sind wir aber dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht Einzelinteressen.“

Den innerstädtischen Einzelhandel sieht Walter dadurch, dass auch Stuttgart einen Luftreinhalteplan beschlossen habe, nicht gefährdet. „Wenn wir uns schon auf kommunaler Ebene nicht einig werden, wie soll dann der globale Klimaschutz funktionieren?“ Die Stadtverwaltung habe Recht mit ihrem Beharren auf dem einmütigen Beschluss des Gemeinderats. „Ich fordere die Stadtverwaltung nachdrücklich auf, bei ihrer Haltung zu bleiben und das Fahrverbot nicht zu verschieben“, so Walter abschließend. (reda)

## Jahresrückblick 2006



Liebe Freundinnen und Freunde, wir bedanken uns für die Unterstützung, die wir im vergangenen Jahr für unsere Arbeit im Gemeinderat erhalten haben und wünschen euch allen viel Glück und Erfolg für das Neue Jahr. Bevor wir uns jetzt wieder in die Arbeit stürzen, möchten wir zurückschauen auf das vergangene Jahr.

Das Programm zum Stadtentwicklungskonzept (SEK), das uns mehr als zwei Jahre beschäftigt hat, fand mit der Verabschiedung des Masterplans vor der Sommerpause seinen formalen Abschluss. Mit der 2. Zukunftswerkstatt im Frühjahr waren dafür konkrete Ziele und Maßnahmen benannt worden. Diese müssen jetzt gemeinsam peu à peu umgesetzt werden. Die 11 Leitthemen haben wir bereits im letzten Rückblick vorgestellt. Darauf aufbauend wollen wir nun festhalten, wo sich bereits etwas getan hat – im Positiven wie im Negativen.

### 1. Wie wollen wir in Zukunft wohnen?

Sah es vor 1 Jahr noch so aus, als könnte die Stadt nach dem Erwerb des Flakakern-Geländes endlich mit dem Abbruch beginnen, kam kurz darauf das erneute Scheitern des Kaufvertrags mit dem Bund. Die Verhandlungen sind bis heute nicht abgeschlossen. Nachdem Bürgermeister Andreas Heskly OB in Waiblingen geworden ist, brauchte auch die Wohnbau einen neuen Geschäftsführer: Armin Maschke brachte dafür mit seiner Erfahrung bei der Bietheimer Wohnbau die nötigen Voraussetzungen mit. Nach Auflösung der Wohnungsvergabekommission entscheidet die Wohnbau über die Vergabe. Die Kriterien für die künftige Vergabe werden derzeit erstellt.

Um dem demografischen Faktor entgegen zu wirken, hat der Gemeinderat im ersten Quartal die Einführung eines Baukindergeldes beschlossen. Jeder, der in neuen Baugebieten baut, erhält – unabhängig vom Einkommen – 3.000 Euro pro Kind. Das ist gerade für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zu wenig Anreiz, um deshalb nach Ludwigsburg zu ziehen, wo Grund und Boden teuer ist. Wir wollen, dass der Betrag erhöht, an das Einkommen gekoppelt und nur für eine Bebauung oder Sanierung auf der

schon bebauten Gemarkung, bzw. auf Brachflächen gegeben wird. Da unser Änderungsantrag nicht angenommen wurde, haben wir die Vorlage abgelehnt. Das jetzige Baukindergeld hat lediglich einen Mitnahme- keinen steuernden Effekt.

### 2. Kulturelles Leben

Beim Streit um ein Wasserbecken oder eine Skulptur in der Asperger Straße haben wir von Anfang an klargestellt, dass für uns an dieser Stelle das Wasserbecken die richtige Lösung ist. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es hier zuwenig Skulpturen gibt und haben einen Antrag eingereicht, nach dem die Stadt zum Jubiläum 2009 einen Skulpturenpfad einrichten soll. Die lächerliche Kunsteisbahn vor dem Oberpaar hat auf jeden Fall dem Image des Weihnachtsmarktes mehr geschadet als genützt. Wir hoffen, dass bei der Stadt und Gemeinderat wieder die Vernunft einkehrt und doch noch das Wasserbecken kommt.

Ein Highlight war natürlich die Fußball-WM und es hat sich als Segen herausgestellt, dass die Stadt unserem Antrag gefolgt war und die Übertragung der Spiele auf dem MathildenaREAL statt auf dem Marktplatz stattfand. Leider hat die Euphorie Stadt und Gemeinderat mitgerissen und doch noch zu einem Umzug auf den Marktplatz geführt, der klopffunnötig war und 20.000 € zusätzlich gekostet hat.

### 3. Wirtschaft und Arbeit

Die auf dem Gelände des MathildenaREALS geplante Akademie für Darstellende Kunst wollten uns die Stuttgarter streitig machen. Noch ist die letzte Entscheidung nicht gefallen, aber es sieht derzeit so aus, als könnten die Stuttgarter mit unserem einmaligen Konzept, der Kombination mit der Filmakademie, nicht mithalten. Baubeginn soll noch in diesem Jahr sein.

### 4. Vitale Stadtteile

Das Projekt „Soziale Stadt“ hat auch in Grünbühl/Sonnenberg Einzug gehalten. Bei einer intensiven Bürgerbeteiligung wurden 281 Verbesserungsvorschläge gemacht, priorisiert und diverse Teilnehmungsgruppen gebildet.

## Vorstandswahl und Diskussion über Mufuha

### Diskussion

In der anschließenden engagierten Diskussion wurden viele Fragen aufgeworfen. Vorstands-Mitglied Brigitte Völk-Mayer stellte die Frage, ob „Ludwigsburg tatsächlich ein solche Halle braucht, und ob die Stuttgarter Porsche-Arena für die Region nicht ausreichen würde“.

Markus Gericke, neuer Fraktionsvorsitzender der Grünen im Gemeinderat, bekannte, dass in seiner Brust „zwei Herzen schlagen, da Lage und Konzeption der Multifunktionshalle einerseits optimal sind, andererseits die Belastung für den kommunalen Haushalt für die nächsten 20 Jahre von jährlich 1,1 Mio Euro Investitionskostenzuschuss und dazu noch der Betriebskostenzuschuss sehr hoch ist.“ Die Bemühungen um ein besseres Image der Stadt im Sinne der Wirtschaftsförderung nach außen sollten nicht auf Kosten der Innenentwicklung gehen. Stadträtin Roswitha Matschiner ergänzte, dass die Kosten für das Grundstück und die Parkierung noch nicht eingerechnet seien. Vorstandsmitglied Klaus Hoffmann erkundigte sich nach der Anzahl der Autoabstellplätze für die Halle. Es sollen 1500 PKW-Stellplätze gebaut

Drei Standorte für eine Nahversorgung in Neckarweihingen haben dort für Furore gesorgt. Leider hat der von uns favorisierte CAP-Markt in der Ortsmitte nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit abgewunken. Es bleiben die Standorte am Ortseingang und -ende. Unabhängig davon muss aber auch die Ortsmitte neu entwickelt werden. Das aber ist abhängig von einer neuen Verkehrskonzeption in der Hauptstraße, die wiederum abhängig ist von dem Baugebiet Neckarterassen, da es mit diesem Baugebiet einen neuen Anschluss an die Landesstraße geben wird. Eine Projektgruppe vor Ort soll entscheiden, wie es weitergeht. Immerhin gibt es im Schlößlesfeld seit September mit „Bioli“ einen Bio-Supermarkt. Der Markt hat übrigens auch einen Lieferservice.

### 5. Lebendige Innenstadt

Einen Durchbruch gab es bei der Myliusstraße, die endlich Einbahnstraße werden soll (für den ÖPNV weiterhin in beiden Richtungen frei) und für den Bahnhofsvorplatz, der fußgängerfreundlicher werden soll.

Die Seestraße, die im Abschnitt zwischen der Mathildenstraße und der Karlstraße nach jahrelangen Bemühungen seitens der Schulen mit unserer Unterstützung im September endlich für den motorisierten Verkehr geschlossen werden konnte, wurde wegen Protesten von Ladeninhabern und Anwohnern in der Leonbergerstraße nach nur 2 Monaten wieder geöffnet. Bei der Schillerstraße wurde die Chance vertan, mit einer Einbahnstraße endlich Platz für eine sichere Radwegverbindung Weststadt – Schulviertel zu schaffen. Auch hier hat leider der Wunsch der Kreissparkasse Vorrang vor der Sicherheit der Schüler. Mit der „Netten Toilette“ wurde mit Hilfe der Projektgruppe aus dem SEK ein Antrag von uns umgesetzt.

### 6. Zusammenleben von Generationen und Nationen

Während der alevitische Kulturverein inzwischen im „Krone-Areal“ in der Weststadt untergekommen ist, kämpft die Islamische Gemeinschaft immer noch um ihr Recht, die Gemeinderäume im ehemaligen Gebäude des TTL in der Solitudeallee unterzubringen. Der Integrationsbeirat hat inzwischen die Arbeit mit einer Klausurtagung im September aufgenommen. Dort wurden Handlungsfelder bestimmt, die als Grundlagen für die weitere Arbeit dienen. Die Stelle des Integrationsbeauftragten wird neu besetzt und es ist zu hoffen, dass das positive Klima des Neuanfangs des Beirats auch weiterhin die Arbeit trägt.

### 7. Grün in der Stadt

Der Grünzug Pflugfelden ist inzwischen eingeweiht und stellt eine attraktive Aufenthaltsfläche mit schönen Verbindungswegen für Fußgänger und Radfahrer dar. Allerdings sehen wir darin immer noch keine „ökologische Fortsetzung auf S.3

## Demographischer Wandel und kommunale Bauleitplanung

Beispiel Remseck: Welche Bevölkerungsprognose trifft zu?

TEXT UND FOTO: KARL BURGMAIER

Remseck. Im Frühjahr 2006 wurde die im Auftrag des Verbands Region Stuttgart durchgeführte Bevölkerungsprognose des Pestel-Instituts aus Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ist Grundlage für die Fortschreibung des Regionalplans. Wesentliche und zum Teil überraschende Ergebnisse der Pestel-Studie für die Region Stuttgart in den Jahren 1994-2004:

- Im Durchschnitt wuchs die Bevölkerung jährlich um 10.000 Einwohner bei abnehmenden Wachstumsraten.
- 40 % des Zuwachses resultierte aus Geburtenüberschüssen und 60 % aus Zuwanderung.
- Die Zuwanderung nahm im Laufe der Jahre ab und lag 2004 nur noch bei 2.700 Personen.
- Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging um 16.545 (-1,6 %) zurück, dabei allein um 35.455 in den Jahren 2003 und 2004!
- Es besteht ein zeitlich versetzter Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzverfügbarkeit und Zuwanderung, d.h. wenn die Anzahl der Arbeitsplätze zurückgeht, sinkt die Zuwanderung 1-2 Jahre später.

### Prognose Region

Aufbauend auf diesen Ergebnissen prognostiziert die Pestel-Studie das voraussichtliche Bevölkerungswachstum. Wesentliche Prognoseergebnisse für die Region Stuttgart für den Zeitraum 2004 bis 2025:

- Ab 2007 sterben mehr Menschen als geboren werden.
- Ab 2009 nimmt die Bevölkerung ab.
- Da 88.000 Menschen mehr sterben als geboren werden und nur 45.000 Menschen zuwandern, sinkt die Einwohnerzahl um 43.000 (-1,6 %).
- Die Anzahl der 30- bis 45-Jährigen wird um fast 1/4 zurückgehen.
- Dementsprechend sinkt die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern: Der vermarktete Neubau sinkt

## Jahresrückblick...

Aufwertung“, die Pluspunkte im monetären Ökokoonto rechtfertigen würde. Der Kampf um die „Waiblinger Straße“ zwischen Schorndorfer und Friedrichstraße ist vorläufig geschlagen. Das Ergebnis: Die Trasse soll im Flächennutzungsplan gesichert werden. Vor einer Realisierung soll aber die Bebauung der Flakkaserne abgewartet werden. Nur wenn es das Verkehrsaufkommen dann erfordert, soll die Straße gebaut werden. Diese zusammenhängende Grünfläche ist damit zumindest für die nächsten 10 Jahre gesichert.

### 8. Mobilität

Der Gemeinderat hat es bis Ende des Jahres nicht geschafft, sich für eine bestimmte Trasse bei der Westumgehung zu entscheiden. Wenn man genauer hinschaut, entdeckt man eben, dass es keine Trasse gibt, die nicht auch deutliche Nachteile für die Stadtentwicklung hätte. Wir hoffen immer noch auf ein Einsehen, dass sich Investitionen für neue Trassen nur beim Umweltverbund (Bahn, Fahrrad, Fußwege) lohnen.

Immerhin haben wir noch kurz vor Jahresende den lang ersehnten Maßnahmenkatalog für das Radwegenetz erhalten. Der ist nicht endgültig, macht aber jetzt schon das große Defizit deutlich, das die letzten Jahre wegen Untätigkeit entstanden ist. Wir werden auch weiterhin zusammen mit dem ADFC auf Schwachstellen hinweisen. Anregungen nehmen wir gerne entgegen.



Zugesagt wurde uns auch, dass die von uns vorgeschlagene Stadtbahntrasse ins Tammerfeld gemeinsam mit der Bahnlinie Markgröningen-Remseck untersucht wird. Es ist uns bewusst, dass wir auch weiterhin um die Freigabe der für die Maßnahmen nötigen Mittel kämpfen müssen. Während hier



WOHNGEBIET HALDEN IN REMSECK-ALDINGEN: REMSECK WUCHS IN DEN VERGANGENEN 20 JAHREN UM 6.000 EINWOHNER AUF HEUTE 22.400 EINWOHNER.

von gegenwärtig etwa 3.000 Wohnungen pro Jahr und wird sich ab 2010 bei Werten um 1.500 Wohnungen pro Jahr stabilisieren.

Manche Fachleute schätzen die Prognose des Pestel-Instituts als realistischer ein als die Prognose des Statistisches Landesamts (StaLa), das den Bevölkerungsrückgang später prognostiziert. Die Pestel-Prognose berücksichtigt die Arbeitsmarktsituation und hat Sondereinflüsse wie die starke Zuwanderung als Folge der Wiedervereinigung „herausgerechnet“.

### Prognose Remseck

Für Remseck prognostiziert die Pestel-Studie ein Anwachsen auf etwas über 23.000 Einwohner bis zum Jahr 2015 und damit ein wesentlich geringeres Wachstum als StaLa und Flächennutzungsplan (FNP). Der FNP geht davon aus, dass Remseck bis zum Jahr 2015 auf knapp 25.000 Einwohner anwächst. Eine gewaltige Differenz von fast 2.000 Einwohnern und das für einen Zeitraum von nur 10 Jahren! Welche Prognose wird sich als richtig herausstellen?

immer die Kosten im Vordergrund stehen, steht beim Straßenbau das Ziel eines flüssigen Verkehrs im Zentrum. Dabei wird schon heute der motorisierte Individualverkehr in Ludwigsburg mit knapp 17 Mio € pro Jahr subventioniert (pro Einwohner 192,15 €)! Der Gesamtverkehrsplan war auch Thema der „Tour de Städte“.

### 9. Bildung und Betreuung

Mit der Neubesetzung an der Spitze des Dezernats mit dem Ersten BM Konrad Seigfried und Dr. Zoll als neuem Leiter für den pädagogischen Part im Fachbereich Bildung, Sport, Soziales haben wir den Eindruck, dass für die Weiterentwicklung in der Kinderbetreuung – sowohl im Kindergarten (Qualitätsinitiative) als auch mit der Ganztagschule (Kooperation mit Vereinen) – die Weichen richtig gestellt werden, wenn auch noch ein mutiger Entschluss für eine flächendeckende Ganztagschule aussteht. Aber da ist auch das Land als Bildungsträger gefragt.

### 10. Sport

Eine Multifunktionshalle muss her: Das sagt zumindest die Stadtverwaltung und eine deutliche Mehrheit im Gemeinderat. Auch wir verkennen nicht, dass sich der Standort beim Bahnhof dafür hervorragend eignet. Trotzdem ist für die Mehrheit unserer Fraktion die hohe finanzielle Belastung der Stadt nicht gerechtfertigt. War im letzten Rundbrief noch von 10 Mio € Investitionskosten und 500.000 € jährlicher Belastung die Rede, handelt es sich inzwischen um 1,5 Mio € pro Jahr in den nächsten 20 Jahren (inkl. Investitionskostenzuschuss). Wir könnten uns das Projekt, das mehr der Wirtschaftsförderung als dem Sport dient, vorstellen, wenn es auch von der Wirtschaft mitfinanziert werden würde. Nur wenige Kilometer entfernt steht mit der Porsche-Arena eine geeignete Halle für den Basketball zur Verfügung. Auch diese Halle wurde mit Steuergeldern finanziert und ist nicht effektiv ausgelastet. Wir meinen, dass sich die Kommunen endlich von ihrer Kirchturmpolitik verabschieden müssen. Solche Großprojekte müssen im

### Prognose der Einwohnerzahl

	2005	2010	2015	2020
StaLa	22566	23533	24166	24571
FNP	22781	24569	24831	24668
Pestel	22449	22804	23045	23257
Differenz				
FNP-Pestel	332	1765	1786	1411

Remseck hat in den vergangenen 2 Jahren mit Wolfsbühl in Aldingen, Spitzacker in Hochberg, Steige IV in Neckarrems, Neue Gärten in Neckargröningen und dem Bauabschnitt VII in Pattonville rund 15 ha neue Baugebiete ausgewiesen.

Möglicherweise sollte in Zukunft unter dem Licht der neuen Erkenntnisse der Pestel-Studie bei der Neuausweisung von Baugebieten etwas auf die Bremse gedrückt werden. Eine Diskussion hierzu halten wir für notwendig. Es ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, Baugebiete zu erschließen, die dann nachher nicht besiedelt werden. Weitere neue Baugebiete stünden zudem in Konkurrenz zu den noch nicht aufgesiedelten Baugebieten.

regionalen Kontext entstehen. Dass der Sport in Ludwigsburg auch ohne Multifunktionshalle eine wichtige Rolle spielt, wollen wir mit der „Tour de Städte“ am 15.9. unter dem Motto: „Ludwigsburg bewegt“ zeigen.

### 11. Energieversorgung

Die Stadtwerke haben den Einstieg ins Stromgeschäft geschafft. Seit September kann man dort „Favorit blau“ (konventionell) oder „Favorit grün“ (zu 100% aus erneuerbaren Energien) beziehen. Mit dem Erwerb des Stromnetzes in Poppenweiler ist auch hier ein Einstieg geschafft. Wir vermissen dennoch ein Konzept, wie der Erwerb des übrigen Stromnetzes in der Stadt nach Auslaufen der Konzessionsverträge mit EnBW und SÜWAG in einigen Jahren finanziert werden soll.

Mit der Gründung der Ludwigsburger Energieagentur hat die Stadt einen weiteren Baustein hin zu mehr Klimaschutz gelegt. Der diesjährige Klimaschutzkongress der Landesregierung war Ende Oktober im Forum. OB Spec hat hier deutliche Worte zu der Verantwortung der Kommunen gesprochen an die Roswitha Matschiner ihn in ihrer Rede zum Haushalt 2007 erinnerte. Allen ist klar, dass den Kommunen beim Klimaschutz allein schon beim Bestand städtischer Gebäude, aber auch beim Thema Verkehr eine entscheidende Rolle zukommt. Wenn es dann aber um den Bezug von Ökostrom geht, stehen wieder die Kosten im Vordergrund.

Von unserem Förderkonto für kommunale Projekte, das aus Teilen unserer Sitzungsgelder gespeist wird, profitierten im letzten Jahr der Fonds Jugendbildung-Zukunft mit 1000 €, das Schulprojekt in Burkina Faso mit 500 €, der Besuch der Frauengruppe „Ariadna“ aus unserer Partnerstadt Jevparija mit 200 € und die Kampagne „Abpff“, die sich gegen Zwangsprostitution wendet, mit 100 €.

Gerne informieren wir euch über Details und diskutieren über die Inhalte. Wir freuen uns über Kritik, noch mehr über Anregungen und Lob. Mit herzlichen Grüßen, eure Grüne Fraktion <http://gr-fraktion.gruene-ludwigsburg.de/>

## Schubartstube wird im Mai 2007 wieder eröffnet

Asperg. Die ursprünglich bereits für Sommer 2006 geplante Wiedereröffnung der Schubartstube auf dem Hohenasperg soll nun endgültig in diesem Mai erfolgen. Dies teilte Baden-Württembergs Finanzminister Gerhard Stratthaus dem Asperger Landtagsabgeordneten Jürgen Walter auf Anfrage mit. „In Asperg hatte man schon befürchtet, das „Schubartstübchen“ werde zur ewigen Baustelle. Es ist endlich an der Zeit, dass auf dem Hohenasperg die Gastronomie wieder Einzug hält“, sagte Walter. Nach Auskunft der Landesregierung sei die Zeitverzögerung durch eine mehrfache Änderung der Küchenplanung entstanden. Dadurch habe sich sowohl der Genehmigungsprozess verlängert als auch die bauliche und technische Abstimmung zwischen dem neuem Pächter und dem Land. Die bisher vom Land durchgeführten Maßnahmen, zu denen Abbruch- und

Roharbeiten sowie die technische Gebäudeausrüstung gehörten, seien nun alle abgeschlossen. Die Gesamtkosten des Landes haben sich von ursprünglich geschätzten 250.000 Euro auf 350.000 Euro erhöht. Darin enthalten seien aber auch die Kosten für den reinen Bauunterhalt, die das Land ohnehin hätte tragen müssen. Die Kosten für die Kucheneinrichtung sowie eventuelle Sonderwünsche seien vom neuen Pächter zu tragen. Die Schubartstube solle zukünftig als schwäbisches Ausflugslokal mit temporär wechselnder Speisekarte betrieben werden. Der Finanzminister brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Hohenasperg durch die Sanierung der Schubartstube als touristisches Ziel noch attraktiver werde. „Diese Hoffnung teilen wir mit ihm. Bleibt weiterhin zu hoffen, dass es nun keine weiteren Verzögerungen mehr gibt“, erklärte Walter. (reda)

## Grüne wollen konzeptlosen Straßenausbau verhindern

Die GRÜNE Kreistagsfraktion und die Grüne Fraktion im Remsecker Gemeinderat sind für die Aufrechterhaltung des LKW-Fahrverbots auf der Kreisstraße Remseck – Affalterbach

Remseck. Wenn die K1669 saniert und ausgebaut wird, muss das derzeit gültige LKW-Fahrverbot aufgehoben werden. „Dadurch würde die Durchfahrt des Remsecker Stadtteils Hochdorf stark belastet“, sind sich der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Daniel Renkonen und der Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion der Grünen in Remseck Dr. Karl Burgmaier einig.

Auf der Kreisstraße zwischen Hochdorf und Affalterbach besteht ein LKW-Fahrverbot. Die Straße ist nicht sehr breit, kurvig und der Belag weist einige Schlaglöcher auf. Deshalb eignet sich die Straße auch nicht zum rasen. Alle könnten also darüber zufrieden sein, dass es keine Unfälle gibt und den Hochdorfern die Belastungen durch zusätzliche LKW-Durchfahrten erspart bleiben.

Dennoch müssen die Gemeinderäte in Remseck, Affalterbach und Marbach und der Kreistag demnächst darüber entscheiden, ob dieser Zustand zugunsten einer Sanierung der Straße aufgegeben werden soll.

Denn Zuschüsse vom Land für eine Sanierung werden nur dann fließen, wenn die Straße verbreitert wird. Dann müssen allerdings auch die Kurven entschärft werden und das LKW-Fahrverbot fällt. „Das ist ein Vorzeigebispiel für konzeptlosen Straßenausbau“, ärgert sich die Grüne Kreisrätin Eva Mannhardt (Kornthal-Münchingen). „Es wird nur auf die Fördermittel geschaut, ohne dass Überlegungen angestellt werden, was an dieser Stelle sinnvoll und notwendig ist.“ Im Kreis Ludwigsburg gibt es ohnehin kein übergeordnetes Verkehrskonzept. Dadurch, dass jede Kommune nur für die eigenen Bürger plant, schaukelt sich der Neubau von Umfahrungen und Straßenverbreiterungen ungebremst immer weiter hoch: Zu Lasten

der Bürger durch steigenden Güterverkehr auf diesen Straßen und zu Lasten der Finanzen der Kommunen, die immer mehr Straßen instandhalten und sanieren müssen.

Besonders hart trifft es Remseck. Dort wird nicht nur seit Jahren für einen Tunnel durch das überlastete Hochberg gekämpft, die beiden Neckarbrücken sind ein Nadelöhr und sorgen für eine unerträgliche Verkehrsbelastung in den Remsecker Stadtteilen.

Nun soll auch noch der Ausbau der K1669 mehr LKW-Verkehr heranzuführen. „Wer Straßen ausbaut muss mit mehr Verkehr rechnen“, so der Fraktionsvorsitzende der Grünen Gemeinderatsfraktion Dr. Karl Burgmaier. „Für uns ist das Ende der Fahnenstange allerdings schon lange erreicht.“ Die Grünen in Remseck fordern die Aufrechterhaltung des LKW-Fahrverbots. Dies befürwortet auch die Bürgerinitiative Hochdorf, besorgte Elternbeiräte und die Schulkonferenz der Grundschule Hochdorf. Sie befürchten eine Gefährdung der Kinder-



ENG GEHT ES IN DER AFFALTERBACHER STRASSE IN HOCHDORF ZU. (FOTO: KARL BURGMAIER)

garten- und Schulkinder in der engen Ortsdurchfahrt.

Die Grüne Kreistagsfraktion hält es für überfällig, dass endlich Überlegungen für Verkehrslenkung angestellt werden. „Wir müssen dringend ein sinnvolles Konzept entwickeln“, fordert Eva Mannhardt. „Darin muss festgelegt werden, welche Straßen den Hauptverkehr aufnehmen sollen, wie der LKW-Verkehr durch den Kreis geführt werden soll und wo konsequent Durchfahrtsverbote eingerichtet werden, um die Ortskerne zu entlasten.“ (reda)

## Grün aktiv

Und hier alles weitere, was Grüne so „angestellt“ haben...

Noch im alten Jahr: Der Empfang zum Jahreswechsel der OV Vaihinggen, Mühlacker und Illingen. Gastrednerin: Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion. Thema des Abends war die Tafelladen-Bewegung.

Die Bundesregierung schickte am EU-Projekttag am 22. Januar Abgeordnete in die Schulen. Ziel: Interesse für die EU zu wecken. Mit dabei auch unser MdEP Cem Özdemir sowie MdL Jürgen Walter.

Auch in Ludwigsburg gab es einen Empfang, allerdings im neuen Jahr. Dort sprach der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn v.a. zum Thema Klimaschutz und übte Kritik an der Großen Koalition. Zweiter Gast: Olzod Bhum-Yalagch, internationaler Sekretär der Grünen in der Mongolei.

Einen Erfolg hatte Franz Untersteller mit seinem Antrag, dass auch die Landesregierung am Atmosfair-Programm teilnehmen soll. Umweltministerin Tanja Gönner hat den Vorschlag für ihr Haus nun übernommen.

Olzod hielt zudem in Vaihinggen einen Vortrag über sein Land und zeigte Bilder von stolzen Reitern, weiten Steppen und Slums in den Städten.

Erfolg II: Unsere beiden MdLs haben mit ihrem Druck erreicht, dass die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei Naturparks (u.a. auch beim Naturpark Stromberg-Heuchelberg) lediglich zur Hälfte realisiert werden.

## Was ist aus Plan B geworden?

Die grüne Bildungspolitik wird vom demografischen Wandel unterstützt

VON ELFRIEDE STEINWAND

„Jetzt gibt es was zwischen die Ohren“, lautete der grüne Slogan zur Bildungspolitik im Landtagswahlkampf 2006. Aber nicht baden-württembergische Kinder und Jugendliche brauchen in erster Linie etwas zwischen die Ohren, sondern ganz dringend der Kultusminister.

Trotz Besorgnis erregender Zahlen und Entwicklungen hält er stur an dem dreigliedrigen Schulsystem fest. Er hält „gar nichts davon, dass wir unser Schulsystem in ein Einheitsschulsystem umwandeln“. Diese Überzeugung ist stark ideologisch geprägt und wird nicht mehr lange zu vertreten sein, denn, „die Demografie wird's schon richten“, wie seine Parteifreundin Rita Süßmuth beim Neujahrsempfang im Landratsamt Ludwigsburg bemerkte. Im Jahr 2003 wechselten noch 31,8 % der Grundschüler auf die Hauptschule, 2006 waren es nur noch 27,7 %, mit stetig steigenden Übergangszahlen aufs Gymnasium (von 35,3 % auf 38,2 %). Das hat zum einen mit der sinkenden Kinderzahl zu tun, zum anderen mit dem schlechten Ruf der Hauptschule. Und wie PISA gezeigt hat, landen hauptsächlich Kinder aus Migrantenfamilien auf der Restschule, in Städten sind Quoten von 80 oder 90 % Migrantenanteil die Regel.

Was ist das für eine Gesellschaft, die zulässt, dass Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren auf eine Karriere entscheidende Weiche geschoben werden? Sie müssen Freunde aufgeben und ihr schönes warmes Nest Grundschule nach erbitterten Verteilungskämpfen, in denen die Eltern zu Dauergästen in der Schule und am Telefon der Lehrerinnen werden, verlassen. So lernen sie früh, dass man alles daran setzen muss, sich deutlich von anderen zu unterscheiden. Wie soll das ein Miteinander, ein Zusammenarbei-

ten, ein sich gegenseitig unterstützen gelernt werden, wenn die Separierung dermaßen früh einsetzt, wo sie absolut nicht notwendig ist? Das deutsche Schulsystem setzt auf Gleichschaltung statt individuelle Förderung. Das hat viel mit dem in unserer Gesellschaft vorherrschenden Menschenbild zu tun, wie es das so in Skandinavien nicht gibt. Dort lernen die Kinder während 9 Jahren zusammen in einer Schule, werden modern unterrichtet, zusätzlich von Sozialarbeiterinnen, Psychologen und Krankenschwestern versorgt und als wertvolles Gut angesehen.

In Baden-Württemberg hingegen wird die Separierung immer weiter betrieben. Die Hauptschule war ursprünglich für diejenigen gedacht, die nach 9 Jahren Schule in die Ausbildung gehen wollten. Inzwischen verlassen nur noch ca. 10 % der Jugendlichen die Hauptschule mit einem Ausbildungsvertrag. Die anderen verteilen sich auf die Koop-Klassen (Hauptschulabschluss nach 6 Jahren Hauptschule), auf das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ, ohne Hauptschulabschluss), auf das Berufseinstiegsjahr (BEJ, mit schlechtem Hauptschulabschluss), auf die einjährige Werkrealschule, auf die zweijährige Wirtschaftsschule und auf andere weitere fachbezogene Schulen, die auf die Ausbildung im Betrieb vorbereiten. So gehen also die meisten sowieso bereits 10 Jahre zur Schule, entweder um den Abschluss zu verbessern, und somit

ihre Chancen für die beruflichen Karriere, oder um in der Warteschleife Schulplätze zu blockieren. Die Hauptschule hat sich ad absurdum geführt und gehört abgeschafft. Außerdem haben wir noch die Förderschulen und Kinder mit Behinderungen, die vielfach in ghettoisierten Schulen betreut und ausgebildet werden.

Für die Abschaffung der Hauptschule setzen sich die Grünen im Landtag ein und fordern die 9-jährige Basisschule mit einem mittleren Bildungsabschluss. Das soll bis in 10 Jahren erreicht sein. Die Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule wird womöglich schneller vorangetrieben, als sich das der Kultusminister vorstellen will. Die Grünen wollen das bis in fünf Jahren umsetzen und das ist kein utopisches Ziel. In diesem Schuljahr wurden in Heidelberg 8 Hauptschulen auf vier zusammengelegt. Tatsächlich sind rund die Hälfte der 2016 Hauptschul-Standorte bedroht.

Aus dem Ostalbkreis gibt es eine Situationsanalyse, an der 17 Hauptschulrektoren gearbeitet haben. Acht Bürgermeister aus den Hotzenwaldgemeinden beantragten bereits 2005 Schulversuche für Regionale Schulen. Das Kultusministerium stellte sich taub, dafür wurden die Bürgermeister vom Oberschulamt Freiburg einbestellt und belehrt, dass Regionale Schulen nicht genehmigt werden. Das Ländliche Schulzentrum Amtzell bei Wangen im Allgäu wurde von der

ehemaligen Kultusministerin gerne als innovative Schule gelobt, gleichzeitig gab sie zu verstehen, dass dieser Schulversuch „keine Schule machen sollte“. Sie ist eben auch eine ewig Gestrige und inzwischen leider die Bundesbildungsministerin – gute Nacht deutsche Bildungspolitik!

### Pläne im Kreis

In Ludwigsburg denkt man inzwischen laut über die Veränderung der Schulbezirksgrenzen nach und legt im Sommer einen Schulentwicklungsplan vor. Der Erste Bürgermeister spricht von der Kommunalisierung der Bildung und denkt v.a. an die aufwändige Organisation des Jugendbegleiterprogramms und an das viele Geld, das u. a. für die Schulbauten der Ganztageschulen ausgegeben wird (mehr als 22 Mio €). Die Grünen fordern die Neuordnung der Zuständigkeiten von Land, Kreisen und Kommunen, sowie die stärkere Einbindung der Schulen in die kommunale Verantwortung. Kommunen sollten z. B. die Möglichkeit haben, Kindergärten und Schulen zu übergreifenden Bildungseinrichtungen zusammen zu legen, Profile mitzugestalten und Schulleiter zu wählen. Die Schulkonferenz wird ersetzt durch den Schulausschuss, in dem dann auch die Kommune oder der Kreis mit Stimmrecht vertreten ist. Wenn die Kommunen den Umbau des Schulsystems mutig angehen, haben sie die Unterstützung von vielen, vom Gemeinde-, Städte- und Handwerksrat, von der GEW, VBE und von namhaften Instituten wie dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und das erstarrte Kultusministerium wird sich der zwangsläufigen Entwicklung nicht mehr entziehen können – sonst gibt's was auf die Ohren.....

Quelle: [www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)



## Hände weg vom ÖPNV

Grüne Fraktionen in der Region und VVS-Geschäftsführer plädieren für weitere Qualitätssteigerung

„Es gibt keine Alternative zum weiteren Ausbau des Nahverkehrs in der Region“, so Marianne Erdrich-Sommer, Fraktionsvorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion Esslingen. Angesichts der massiven Feinstaubbelastung, der drohenden Fahrverbote und den völlig überlasteten Straßen im Ballungsraum müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen.

Dies wurde bei einem gemeinsamen Gespräch der grünen Fraktionen aus den Kreistagen der Verbundlandkreise, dem Regionalparlament und dem verkehrspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Werner Wölfe, mit den Geschäftsführern des VVS Dr. Witgar Weber und Thomas Hachenberger übereinstimmend festgestellt. Die Finanzierung des ÖPNV darf dabei nicht in zunehmendem Maße den Nutzern aufgebürdet werden. Eine Kostendeckung von 50% sei ausreichend. Die VVS-Geschäftsführung ist sich einig mit dem Regionalrat Dr. Andre Reichel: „Die Bereitstellung eines funktionierenden Nahverkehrssystems ist eine wesentliche Aufgabe der öffentlichen Hand.“ Für die Region Stuttgart ist der ÖPNV nicht nur ein wichtiger Standortfaktor sondern er muss auch aus Gründen des Klimaschutzes und der Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen weiter verbessert werden. Deshalb dürfen die Fördermittel nicht gekürzt werden, wie es derzeit in fahrlässiger Weise von der Landesregierung praktiziert wird.

Mit einem Mobilitätsbonus oder einer Nahverkehrsabgabe kann die Beteiligung der Allgemeinheit am Angebot noch weiter gesteigert werden, zugunsten der Tarife für die ÖPNV-Nutzer. „Wir müssen mit kreativen Strategien und neuen Finanzierungswegen den Nahverkehr so gestalten, dass er für die Bürger zum bevorzugten Verkehrsmittel wird“, fordert Eva Mannhardt, Kreisrätin in Ludwigsburg und Sprecherin im Umwelt- und Technikausschuss.

Gleichzeitig muss im Verbundsystem für wirtschaftlichere Strukturen gesorgt werden. Das derzeitige Vertragswarr zwischen dem VVS, den Nahverkehrsunternehmen und der Region, den Landkreisen und der Stadt Stuttgart ist schwer zu durchschauen. Die daraus resultierenden komplizierten und damit intransparenten Finanzierungsströme lassen vermuten, dass hier Millionenbeträge versickern, die nicht dem ÖPNV zugute kommen“, befürchtet der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag von Ludwigsburg Daniel Renkonen. Die Grünen fordern deshalb eine Überprüfung der Verkehrsverträge und mehr Wettbewerb bei den Vergaben von Verkehrsleistungen im VVS. Gelobt wurde das Marketing des VVS: „Es wurden in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, die Leistungen und Angebote des VVS der Öffentlichkeit zu präsentieren“, betont Werner Wölfe. Die erfolgreiche Strategie wird von den Grünen Fraktionen einhellig anerkannt. (reda)

## Was geht noch auf den Fildern?

Regionalgrüne Gesichtspunkte zur Teilraumuntersuchung Filder

VON REGIONALRÄTIN INGRID GRISCHTSCHENKO

Der Verband Region Stuttgart hat einen Teil seines Raumes untersucht: Die Filderebene in einem Dreieck von Büsnau und Denkendorf bis Neuhausen/Aichtal. Herausgekommen ist, dass die Kommunen sich beschränken sollen und dass die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens „unbedingte“ zu sichern seien. Darauf Ingrid Grischtschenko: „Wenn die Siedlungen nicht mehr auf den Flughafen zulassen sollen, darf sich der Flughafen auch nicht weiter in Richtung Kommunen ausdehnen.“

### Flächenbedarf für Wohnen und Gewerbe

Für den Bedarf an Wohngebieten wird in der Regionalplanung im Allgemeinen das Doppelte der Gewerbeflächen angesetzt. Weil aber die Filder schon so gut erschlossen sind und weil Flughafen und Messe „besondere Standortmerkmale“ sind, wird ein Verhältnis von 1:1 zwischen Wohn- und Gewerbeflächen „angestrebt“. Für den ganzen Untersuchungsraum wird ein Wohnflächenbedarf von rund 100 ha gesehen, von dem etwa 2/3 bereits in gültigen Flächennutzungsplänen enthalten sind. Von den ebenfalls sich ergebenden 100 ha Gewerbeflächen sind 1/3 als Reserven in rechtskräftigen Bebauungsplänen enthalten. Abgeschätzter Neuausweisungsbedarf bis ins Jahr 2025: 36ha Wohnen und 66ha Gewerbe. Die kommunalen Pla-

nungen und Vorüberlegungen liegen weit darüber.

### Extrawurst für den Flughafen

Offensichtlich ist, dass die Gemeinden gebremst werden, dem Flughafen aber eine Extrawurst angeboten wird: „Eine Flächenexpansion ist im südöstlichen Bereich (des Flgh.) denkbar, sie muss allerdings auf den erforderlichen Freiraumverbund abgestimmt werden.“ Die Hofstellen der Landwirte in Neuhausen und Bernhausen so heißt es weiter, seien auch für die Zukunft geeignet „sofern keine weiteren überraschenden Überplanungen erfolgen“. Alles klar?

### Rien ne va plus – nichts geht mehr

Angesichts der nach wie vor fehlenden Ersatzfläche für die Messe, wissen nicht nur VertreterInnen der Landwirtschaft: Nichts geht mehr auf den Fildern. Wenn Staatsminister Stächele in einem Antwortbrief an OB Klenk/LE schreibt: „Das von Herrn Kizele beschriebene Szenario einer Fahrt mit dem Traktor quer durch Stuttgart ist für mich ziemlich realitätsfern“ zeugt dies von Ferne und Ignoranz seinerseits. Genau das wäre nämlich die Konsequenz aus einem Vorschlag der Landsiedlung, Flächen bei Fellbach zu bewirtschaften – eben weil es auf den Fildern keine landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Verteilen gibt.

### Teilraumuntersuchung Neckar-Fils

Vor knapp zwei Jahren kam die Teilraumuntersuchung im angrenzenden Raum Neckar-Fils zu folgendem Ergebnis: Die ermittelten Bedarfe seinen theoretisch in den noch nicht entwickelten Flächen in rechtskräftigen Flächennutzungsplänen abgedeckt. Innenentwicklungspotentiale seien durch Umstrukturierungsprozesse in den Bestandsgebieten zu generieren. Und das wäre doch was: Die Reserven reichen! Endlich ein Stopp der sich ständig verschlechternden Flächenbilanz und damit Planungssicherheit für das Cluster Landwirtschaft.

## TERMINE

### Kreisverband

Sonntag, 25. März, 14 Uhr  
Kreisnaturschutztag  
Bücherei Sachsenheim, Lammstr. 2  
Verleihung des Naturschutzpreises,  
u.a. mit BUND-Vertreter u. J. Walter

Mittwoch, 28. März, 20 Uhr  
Hotel Otterbach, Bahnhofstraße 153  
Bietigheim-Bissingen  
Kreismitgliederversammlung

### OV Asperg

Sonntag, 4. März, von 14-17 Uhr  
Kindernachmittag in der Stadthalle  
mit den Clowns Gina und Eugen und  
vielen Spiel- und Bastelmöglichkeiten.  
Für Bewirtung ist gesorgt.

Samstag, 17. März  
Radmarkt auf dem Hof der  
Goetheschule in Asperg, Wilhelmstr.  
Annahme 8.30-9.30 Uhr  
Verkauf 9.30-11.30 Uhr  
Info Renate Burkhardt 07141/65775

### OV Bietigheim

Samstag, 3. März, 14-16 Uhr  
„Bäume schneiden wie OB Palmer“  
Treffpunkt ist die „Aussichtplatte  
Lug“, Bietigheim-Bissingen  
Ab hier ist der Weg zur Obstwiese  
(5 Gehminuten) ausgeschildert

### Besigheim

Samstag, 24. März, 19 Uhr  
Stadthalle „Alte Kelter“  
Das Bündnis Mensch und Umwelt -  
BMU und das „Kinomobil“ zeigen  
den AI-Gore-Film „Eine unbequeme  
Wahrheit“. Ab 18 Uhr gibt es ein  
Rahmenprogramm mit Info-Ständen;  
im Anschluss an den Film besteht  
Gelegenheit zur Diskussion, Thema:  
„Wie beeinflusst der Klimawandel  
unser Leben in Besigheim?“

### Heinrich-Böll-Stiftung

Freitag, 23. März, 14.45 Uhr bis  
Samstag, 24. März, 17 Uhr  
Ev. Akademie Bad Boll  
„Serbien und Kosovo“  
Gemeinsamkeiten und Differenzen  
auf dem Weg nach Europa

Freitag, 27. April, 16-21 Uhr  
Mannheim  
„Kultur findet Stadt“  
Kulturpolitische Handlungsfelder  
der Kommunen

Sa, 28. April, 10-17 Uhr  
Energieberatungszentrum Stuttgart  
„Geothermie auf dem Prüfstand“  
Wärmepumpen – trojanisches Pferd  
der Stromkonzerne oder sinnvoller  
Beitrag zur Energiewende vor Ort?

Weitere Infos und Anmeldungen unter  
Heinrich-Böll-Stiftung BaWü  
Rieckstr. 26, 70190 Stuttgart  
Tel. 0711/26 33 94-10, Fax -19  
[www.boell-bw.de](http://www.boell-bw.de)

## Impressum

### GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg.  
Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich.  
Der Versand kostet für Nichtmitglieder im  
Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit.  
Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mit-  
gliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber/Anschrift der Redaktion**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Ludwigsburg,  
Ortsverband Ludwigsburg  
Im Umland, Umlandstraße 21  
17638 Ludwigsburg  
Tel: 07141-927926  
Fax 07141-905194  
kv.ludwigsburg@gruene.de  
[www.gruene-ludwigsburg.de](http://www.gruene-ludwigsburg.de)  
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.  
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

**Redaktion (ViSdP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination**  
Christian Gärtner, Julia Schweizer  
[gruenspiegel@gmx.de](mailto:gruenspiegel@gmx.de)

**Druck**  
Druckerei Ratz, Schönaich

**Ausgabe**  
Januar/Februar 2007  
**Auflage**  
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wie-  
der. Für den Inhalt der gekennzeichneten  
Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

### Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: ..... Kreis: .....  
Straße, Nr.: ..... E-Mail: .....  
PLZ, Ort: ..... Beruf: .....  
Tel.: ..... Geburtstag: .....  
Fax: ..... Geschlecht: .....

Datum, ..... Unterschrift: .....

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich ..... Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:

Bank: ..... BLZ: .....  
Kontonummer: ..... Datum, ..... Unterschrift: .....